Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11093

19. 06. 98

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 13/10977, 13/11012 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien über den 19. Juni 1998 hinaus (SFOR-Folgeoperation)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation der Albaner im Kosovo ist sehr bedrohlich. Deswegen müssen wir diesen Menschen helfen. Wir sind auch bereit, im Rahmen der NATO militärische Mittel einzusetzen. Denn wir wollen die Menschen in ihrer Heimat schützen, damit sie nicht flüchten müssen.

Kommen sie jedoch als politisch Verfolgte nach Deutschland, so werden sie von uns aufgenommen. Dies gebietet unser Ausländer- und Asylrecht. Danach ist in jedem Einzelfall zu überprüfen, ob politische Verfolgung gegeben ist, ob Abschiebungshindernisse bestehen. Hierzu zählen namentlich die Gefahr der Folter, der Todesstrafe und der Verletzung der Menschenrechtskonvention, damit insbesondere auch zu erwartende grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Diese individuelle Prüfung berücksichtigt jedes einzelne Schicksal. Wir wollen eine großzügige Handhabung dieser Bestimmungen. Es gibt dann keine Regelungslücke zu Lasten der betroffenen Kosovo-Albaner. Eines generellen Abschiebestopps bedarf es daher nicht.

Bonn, den 19. Juni 1998

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333